Pressestelle, Freitag, 23. Januar 2015

Resolution für Freiheit und Toleranz

Wie groß die Solidarität werden kann, wenn ein Grund- und Menschenrecht wie die Meinungsfreiheit angegriffen wird, sieht man derzeit in ganz Deutschland. Als Reaktion auf die jüngsten Ereignisse in Frankreich – die Anschläge auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ – gehen Menschen auf die Straße, um gemeinsam für mehr Toleranz und gegen die Einschränkung der Freiheit zu protestieren; sie überschwemmen die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter mit Beileidsbekundungen, Worten der Solidarität und des Zusammenhalts. Das alles zeigt, dass Angriffe auf demokratische Werte nicht geduldet werden.
„Gleich welcher Religion, welcher ethnischen Gruppe oder kulturellen Identität – wir setzen uns füreinander ein. Das soll die Resolution für Freiheit und Toleranz verdeutlichen, die von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden soll“, verdeutlicht Bürgermeister Daniel Tybussek seinen Standpunkt. Die vom Hessischen Städte und Gemeindebund entworfene Resolution ist ein weiterer Bestandteil einer Stadt, in der Toleranz und der respektvolle Umgang miteinander großgeschrieben werden. Mit getragen werden diese elementaren Werte auch vom Ausländerbeirat der Stadt Mühlheim, der bereits seit fast 40 Jahren besteht und in Hessen als einer der ersten kommunalen Ausländerbeirate Vorreiterfunktion hat. „Der Ausländerbeirat ist in unserer Stadt sehr aktiv und unterstützt wichtige Strukturen z.B. im Bereich der Eingewöhnung von Neubürgerinnen und Neubürgern. Bei uns sind Menschen deutscher oder ausländischer Herkunft gleichermaßen willkommen“, betont der Rathauschef. „Wichtig ist allerdings für das Zusammenleben die Achtung bestimmter Werte und die Befolgung wichtiger Regeln.“
Erst dadurch können in der Mühlenstadt Freiheit des Wortes und der Meinung ohne Gewalt und gesellschaftliche Vielfalt ohne gesellschaftliche Ausgrenzung funktionieren. „Die Resolution ruft uns in Erinnerung, welche Werte – gerade im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse – unsere demokratische Gesellschaft ausmachen und dass wir uns gemeinsam für die Erhaltung dieser Werte einsetzen müssen, ohne dabei mit Gewalt zu antworten oder zu diskriminieren“, sagt Tybussek abschließend.